

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/27552 –**

### **Starke Forschung für gute Gesundheit – In der Pandemie und darüber hinaus**

#### **A. Problem**

In der Pandemiekrise sind die grundsätzlichen Schwächen der Forschungspolitik der Bundesregierung offenkundig geworden. Weder haben die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger beste Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung gesetzt, noch wurden durch entschlossenes wissenschaftsbasiertes Handeln wichtige Entscheidungen im Gesundheitsbereich unterstützt. Eine Weiterentwicklung der bestehenden interdisziplinären Ansätze der wissenschaftlichen Netzwerkbildung ist nicht erkennbar, obwohl auch in Zukunft aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutung der Umwelt und der voranschreitenden Klimakrise neuen Gesundheitsgefahren begegnet werden muss.

#### **B. Lösung**

Die in der Pandemiekrise grundsätzlich hervorgetretenen Schwachstellen in der Forschungspolitik der Bundesregierung müssen über die akute Situation hinaus dauerhaft behoben werden. Die Pandemiekrise wurde gemeistert, da Forscherinnen und Forscher wirksame und sichere Impfstoffe entwickelt, die Eigenschaften und die Verbreitung des Virus erforscht und Eindämmungsstrategien ausgearbeitet haben. Die Gesellschaft ist somit durch Wissenschaft und Forschung durch die Pandemiekrise geleitet und widerstandsfähig gemacht worden. Die gemachten Erkenntnisse müssen dauerhaft zusammengetragen und ausgewertet werden, um Schutzmaßnahmen abzuleiten und laufende Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Dies soll Aufgabe eines einzusetzenden Pandemierates sein.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/27552 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

## **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Stephan Albani**  
Berichterstatter

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Michael Ependiller**  
Berichterstatter

**Mario Brandenburg (Südpfalz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Stephan Albani, René Röspel, Dr. Michael Ependiller, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Petra Sitte und Kai Gehring**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27552** in seiner 220. Sitzung am 14. April 2021 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Forscherinnen und Forscher hätten wirksame und sichere Impfstoffe entwickelt, die Eigenschaften und Verbreitung des Virus erforscht, Eindämmungsstrategien ausgearbeitet und so die Gesellschaft durch die Pandemiekrise geleitet und sie widerstandsfähig gemacht. Wissenschaft und Forschung müssten nunmehr vernetzt und mit interdisziplinären Ansätzen des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnes im Rahmen von Netzwerken wie dem Netzwerk Universitätsmedizin (NUM), dem Paul-Ehrlich- oder dem Robert Koch-Institut weiterentwickelt werden. Die Einsetzung eines dauerhaften Pandemierates, um diese Erkenntnisse kontinuierlich zusammenzutragen und auszuwerten und die daraus zu gewinnenden zu erkennenden Schutzmaßnahmen abzuleiten, ist eine zentrale Forderung.

Aufgabe der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sei es, die besten Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung zu setzen. Dies müsse einerseits für eine vorausschauende Gesundheits- und Forschungspolitik, die wissenschaftliche Warnungen ernst nimmt und zukünftige Gesundheitsgefahren weitsichtig erkennt, geschehen und andererseits durch entschlossenes wissenschaftsbasiertes Handeln in Notlagen. Während der Pandemie seien jedoch in beiden Fällen politische Versäumnisse und Unzulänglichkeiten aufgetreten. Sowohl bei der rechtzeitigen Forschungs- und Entwicklungsförderung von Medikamenten gegen COVID-19 als auch bei einem frühzeitigen, flächendeckenden Monitoring gefährlicher Virus-Mutationen sowie bei einer langfristigen Kohorten-Forschung zur Verbreitung des Virus und der Langzeitfolgen in der Gesellschaft bestünden Lücken, die unverzüglich zu schließen seien.

Über die akute Pandemiekrise hinaus müssten zudem die grundsätzlichen in der Pandemiekrise deutlich gewordenen Schwachstellen dauerhaft behoben werden. Andere Staaten seien aufgrund einer vorausschauenden Politik und einem System vernetzter Gesundheitsforschung besser durch die Pandemie gekommen. Auch sei zu bedenken, dass die Herausforderungen an die Gesundheits- und Forschungspolitik nicht weniger werden. Es sei bereits jetzt absehbar, dass die rücksichtslose Ausbeutung der Umwelt und die voranschreitende Klimakrise neue Gesundheitsgefahren, insbesondere Zoonosen, hervorbringen werden.

Der Deutsche Bundestag soll daher aufgefordert werden, die akuten wissenschafts- und forschungspolitischen Defizite zur Pandemiebekämpfung anzugehen und die bestehenden Lücken zu schließen. Dazu sollten u. a.

- die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten gegen COVID-19 auch in späteren klinischen Entwicklungsphasen deutlich stärker gefördert werden;
- die Nachverfolgung neuer, ansteckender Virus-Mutationen weiter ausgebaut werden;
- vor dem Hintergrund neuer Virus-Varianten die Forschung auf der Suche nach Impfstoffen der zweiten Generation im internationalen Rahmen unterstützt werden;
- die Kohorten-Forschung hierzulande intensiviert werden;
- die physischen Gesundheitsfolgen weiterhin auch in psychologischen, sozialwissenschaftlichen, interdisziplinären Forschungsprojekten erforscht werden;
- die Versorgungsforschung gefördert werden;

- ein wissenschaftlicher Pandemierat eingerichtet werden;
- die Wissenschaftsfreiheit gesichert werden;
- die Liquidität der Universitätskliniken in der Pandemie in enger Abstimmung mit den Ländern sichergestellt werden;
- den kooperativen Forschungsprojekten zwischen Hochschulen und Unternehmen, die aufgrund der Pandemiekrise vom vorzeitigen Abbruch oder verzögerten Beginn bedroht sind, eine erfolgreiche Durchführung ermöglicht werden;
- die Stärken und Schwächen der Gesundheitsforschung, die in der Pandemie offenkundig wurden, analysiert werden und das Rahmenprogramm Gesundheitsförderung der Bundesregierung weiterentwickelt werden. Es zeige sich schon jetzt insbesondere die Notwendigkeit, für zukünftige Krisensituationen vereinfachte und beschleunigte Verfahren der Forschungsförderung zu entwickeln;
- die Ergebnisse aus der Grundlagenforschung effektiver in die praktischer Versorgung übertragen werden;
- die Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung unter Berücksichtigung der Empfehlung des Wissenschaftsrates weiter entwickelt und insbesondere deren Translationsorientierung gestärkt werden;
- der One-Health-Ansatz in der Gesundheitsforschung weiter gestärkt werden;
- die Qualität der Daten für die Gesundheitsforschung zum Wohle der Patientinnen und Patienten der Gesellschaft verbessert werden;
- der internationale Austausch der Wissenschaft gestärkt werden;
- die notwendige Stärkung der Gesundheitsforschung keinesfalls auf Kosten anderer Forschungsbereiche vorgenommen werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/27552 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/27552 in seiner 179. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/27552 in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE die Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, dass der Antrag Impulse als Road Map gegen Forschungslücken und für eine bessere wissenschaftsbasierte Pandemiebekämpfung gebe. Da die Corona-Neuinfektionen sanken, würde die Hoffnung und Freiheit nun wachsen. Aktuell seien deutlich mehr Lockerungen möglich. Doch zugleich sähe man beispielsweise an den steigenden Zahlen in Portugal und Großbritannien, dass die Gefahr neuer Mutationen und Infektionen noch nicht gänzlich gebannt sei. Darum brauche man auch weiter eine kluge Corona-Politik. Dies bedeute aktuell vor allem, dass das Impfen schneller vorgetrieben, Präventionsstrategien verbessert, Long-COVID erforscht werden müssen. Auch sei eine international noch engere Kooperation notwendig. Dies alles werde mit starker Wissenschaft und Gesundheitsforschung, die unterstützt werden müsse, gelingen. Einige Aspekte des Antrags, der aus dem März stamme, habe die Bundesregierung seit dessen Einbringung in den Bundestag tatsächlich auch schon angepackt und umgesetzt. Vieles davon leider sehr spät und häppchenweise, wie

beispielsweise die Förderung der Medikamentenforschung. Aber es gebe nach wie vor noch große Defizite. Diese könne und müsse die Bundesregierung in den letzten Monaten im Amt noch angehen, weil man die Zeit im Sommer nicht wie im letzten Jahr verspielen dürfe.

Vier Forderungen seien hervorzuheben:

Die Kohorten-Forschung müsse hierzulande dringend intensiviert werden, damit endlich mehr gesicherte Erkenntnisse über die Verbreitung von Infektionen, Immunitäten und Langzeitfolgen vorlägen. Die Nachverfolgung von Virusmutationen durch Genomsequenzierung müsse weiter ausgebaut und Tests umfassend sequenziert werden. Gerade wenn die internationale Mobilität jetzt wieder zunähme, sei das entscheidend. Die Long-COVID-Forschung müsse ausgebaut werden. Die mageren fünf Millionen des BMBF werden für einen solch komplexen Forschungsgegenstand sicherlich kaum ausreichen, wenn man sich die gesundheitlichen Folgen für unsere Gesellschaft insgesamt vergewissere. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach öffentlichen Auftritten oder aufgrund ihrer Beratungstätigkeit angefeindet werden, müssten besser geschützt werden. Man wolle perspektivisch in der nächsten Wahlperiode dringend agilere Forschungsförderformate, also, vereinfachte Verfahren, um krisenrelevante Forschung einfach und unkomplizierter fördern zu können, ebenso eine bessere Translation von Erkenntnissen der Gesundheitsforschung. Die Bereitstellung von Gesundheitsdaten für die Forschung müsse verbessert und rechtlich auf klare Füße gestellt werden. Zu Beginn der Pandemie sei der Austausch von Informationen über Ländergrenzen oft sehr schleppend verlaufen.

Die Fehler vom letzten Jahr dürften sich nicht wiederholen. Der Sommer 2021 dürfe trotz sinkender Inzidenzen nicht zum Anlass genommen werden, die Hände im BMBF in den Schoß zu legen. Deshalb sei es ganz wichtig, jetzt auch hier Vorsorge zu treffen, um die nächste Welle zu brechen, bevor sie kommt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt fest, dass der Antrag aus dem März dieses Jahres datiere. Er beinhalte einige richtige Punkte, die sich in der Umsetzung befänden. Es sei völlig richtig festzustellen, dass Forschung bei der Bewältigung der Corona-Pandemie eine zentrale Rolle spielt. Deswegen habe die Bundesregierung, aufbauend auf jeweils langjährig entwickelten Kapazitäten, die Förderung am Anfang der Pandemie sehr zielgerichtet vorgenommen. Und bei einer medizinischen Forschung im Rahmen einer Virus-Pandemie sei es völlig richtig, dass man zunächst einmal einen Impfstoff in den Fokus nimmt, denn das sei die einzige grundsätzliche Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Als Wissenschaftler müsse man feststellen, dass man Mitte letzten Jahres nicht damit gerechnet hätte, dass heute schon sechs Impfstoffe verfügbar seien. Dies sei eine außerordentliche Leistung. Diese sei nur möglich gewesen, weil mutige Menschen bereits Anfang der 2000er Jahre die mRNA-Technologie, die jetzt in aller Munde ist, gefördert hätten. Denn die sei damals sehr umstritten gewesen. Sie galt als instabil, ineffizient und Ähnliches. Der lange Atem von Anfang der 2000er Jahre auch in der Förderung habe letzten Endes dafür gesorgt, dass man heute Licht am Ende des Tunnels sehe. Es sei in dem Zusammenhang unerträglich, dass es wiederum dieselben seien, die jetzt kritisieren, dass man Geld in Curevac hineingesteckt habe. Forschung sei eben eine hochriskante Sache. Vorhersagbar sei da gar nichts. Und letzten Endes berühre das genau dieselben Schwierigkeiten, die die Gesellschaft, die man als Ganzes mit Fragen wie der Agentur für Sprunginnovation oder ähnlichem habe.

Zur Gesundheitsforschung sei festzustellen, dass das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung bewusst als Rahmenprogramm ausgestaltet sei. So sei die notwendige Flexibilität gegeben, um auch diese Förderung zu ermöglichen, und bedürfe insofern einer Fortschreibung, wie es kontinuierlich geschehe. Die Koalitionsfraktionen würden kontinuierlich informiert und könnten sich entsprechend einbringen. Die Erforschung, die Ausbreitung und die Eindämmung gefährlicher Infektionskrankheiten sei elementarer Bestandteil dieses Rahmenprogrammes. Man habe Anfang dieses Jahres damit begonnen, die Förderung von Projekten im Bereich der Medikation hochzufahren. Denn man verfüge jetzt über die Zahlen, die notwendig seien, um eine substanzielle Forschung überhaupt möglich zu machen. Vorher sei dies nicht effektiv gewesen.

Die **Fraktion der AfD** stellt fest, dass Gesundheitsforschung wichtig sei. Die Menschen lebten dadurch länger und im Alter gesünder. Das sei mehr Lebensqualität für alle Beteiligten. In dem Antrag gehe es konkret um die Forschung in der Pandemie und darüber hinaus. Der Antrag enthalte eine ganze Menge Dinge, die einfach nur gut klängen, schon umgesetzt worden seien oder im Großen und Ganzen gar nicht nötig seien. Der Antrag sei ein typischer Schaufensterantrag für den Wahlkampf, dem man nicht zustimme. Die Bundesregierung solle jetzt beispielsweise Geschlechteraspekte bei der Forschungsförderung und bei der Entwicklung von Medikamenten gegen COVID 19 berücksichtigen. Der Antrag schaffe es, eine grüne Ideologie hineinzubringen. Kein Patient auf einem Intensivbett interessiere sich dafür, ob das Medikament von einem Mann oder einer Frau entwickelt wurde. Hier

sollte letztendlich nur auf die Wirksamkeit von Medikamenten geachtet werden und nicht, wer es entwickelt habe. Zukünftig sollen dann noch für künftige Krisensituationen die Verfahren in der Forschungsförderung geändert werden. Doch sei es die einzige Pandemie, die es in Deutschland gebe.

In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass die zukünftige Krisensituation in Deutschland nicht die Pandemie sondern der Staathaushalt sei. Die öffentlichen Haushalte hätten eine halbe Billion Euro zusätzliche Schulden aufgenommen. In dieser Situation sei es Aufgabe auch des Forschungsausschusses, fraktionsübergreifend dafür zu sorgen, dass nicht im Forschungsbereich gespart werde.

Die **Fraktion der SPD** merkt an, dass die AfD-Fraktion offenbar die unterschiedliche Physiologie bei Mann und Frau nicht verstehe und daher auch nicht die Notwendigkeit, gegebenenfalls unterschiedlich zu medikamentieren.

Natürlich könne die Gesundheitsforschung besser werden und der vorliegende Antrag spreche wichtige Punkte an. Doch der Antrag vermittele den Eindruck, dass man im Nachhinein besser wisse, was man hätte tun müssen. Hinterher seien alle Beteiligten schlauer und es sei ärgerlich, wenn auf dieser Grundlage eine vorausschauende Forschungs- und Gesundheitspolitik gefordert werde. Schon in der Vergangenheit habe man jahrzehntelang Nischenforschung in der Biologie betrieben, was im Ergebnis dazu geführt habe, dass man z. B. relativ schnell bereits bei der Vogelgrippe agieren konnte. Bei dieser Forschung sei der Translationsgedanke nicht immer im Vordergrund gestanden.

Wenn im Antrag festgestellt werde, dass entschlossenes wissenschaftsbasiertes Handeln notwendig sei, müsse man dennoch feststellen, dass es dort, wo es keine wissenschaftsbasierten Erkenntnisse gebe, es auch schwierig sei, auf wissenschaftlicher Grundlage zu handeln. In solchen Fällen müsse man mitunter aufs Geradewohl oder nach Einschätzung handeln. Dies sei in den letzten Jahren auch passiert. Bei dieser Pandemie sei es gutgegangen und es sei insgesamt besser gelaufen als gedacht oder erhofft. Aber natürlich müsse man Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Die SPD-Fraktion sehe eine ganze Reihe von Maßnahmen, die zur Verbesserung der Gesundheitsforschung auf den Weg gebracht werden müssten. Die ersten Programme hierfür seien schon seit März letzten Jahres auf dem Weg gebracht worden. Natürlich gäbe es Bedarf an der Forschung über Long-COVID und ähnlichem. Doch stecke hier die Schwierigkeit im Detail. So würden diejenigen, die die nationale Kohorte betreiben, eindrücklich schildern, wie schwierig es sei, sich wirklich auf ein einheitliches und vernünftiges Entnehmen von Proben zu verständigen, um wirklich medizinisch-wissenschaftlich sauber arbeiten zu können. Es sei alles nicht so einfach, wie man es sich vorstelle. In diesem Zusammenhang müsse festgestellt werden, dass man keinen „armen“ Staat brauche, sondern gut ausgebildete Wissenschaftler und gute öffentliche Daseinsvorsorge bis hin zu den Gesundheitsämtern, die in der Lage sein müssen, mit solchen Herausforderungen umzugehen.

Die **FDP-Fraktion** hebt zunächst die Stärken des Antrags hervor. Die starke Forschungslandschaft Deutschlands habe dazu geführt, den weltweit ersten anerkannten Impfstoff in Deutschland zu entwickeln. Auch die Forderung nach einem Pandemierat insbesondere für zukünftige Pandemien, sei sehr zu unterstützen. Doch bei der Organisation und bei der Beteiligung an dem Pandemierat gebe es Diskussionsbedarf.

Zu kurz komme in dem Antrag die Rolle risikobereiteter und innovativer Unternehmen und Investorinnen und Investoren. Denn schließlich habe eben keine Universität und keine außeruniversitäre Forschungseinrichtung den Impfstoff entwickelt, sondern ein börsenorientiertes Wirtschaftsunternehmen. Der vorliegende Antrag schweige sich über die wirtschaftlichen Folgen, die nach einem Erfolg kämen, aus. Dies zeige eine zu große Staatsgläubigkeit. Der Staat müsse die Rahmenbedingungen setzen, dürfe aber nicht Forschungsgebiete wie zum Beispiel die Gentechnik aus ideologischen Gründen ausgrenzen. Eine allzu starke Fokussierung auf den Staat als Fördermitelgeber und zu wenig Anreize für privates Kapital seien Kennzeichen dieses Antrags. Daher sei er nicht zustimmungsfähig.

Die **Fraktion DIE LINKE** widerspricht dem und stellt fest, dass hunderte, tausende Unternehmen nicht ohne den Staat durch diese Pandemiezeit gekommen wären. Es müsse vielmehr um einen sozial gerechten Zugang zu den Forschungsergebnissen gehen. Dies sei im Antrag prinzipiell richtig enthalten. Allerdings lasse dieser offen, wie der Zugang gestaltet werden soll. Die Fraktion DIE LINKE hätte eine klare Aussage zu der Diskussion um Patentfreigabe bei international geförderter Forschung begrüßt. Hingegen sehe sie es positiv, dass Genderaspekte im Antrag enthalten seien. Man müsse gerade bei der Medikamentenforschung nicht nur vom einzelnen Medikament ausgehen, sondern auch von den Menschen, die diese Medikamente bekämen. Dabei seien insbesondere die Belange von marginalisierten Gruppen bei der Entwicklung von COVID-19-Medikamenten mit zu bedenken. Im

Übrigen seien es Frauen, durch ihre zusätzliche Care-Arbeit in der Pflege, sowie Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer sozialen Situation und ihrer Arbeitssituation, die stärker vom Virus belastet beziehungsweise gefährdet gewesen seien. Für kommende Pandemien, und es sei davon auszugehen, dass weitere Pandemien kommen werden, müsse man präventiv handeln. Insofern sei im Antrag die Forderung nach Versorgungsforschung zu unterstützen. Letztlich sei noch einmal die Situation der Uni-Kliniken anzusprechen, die zum Teil ihre Ambulanzen schließen mussten. Dies müsse die Bundesregierung prüfen.

Die **Bundesregierung** führt bezüglich der Kohorten-Forschung aus, dass diese – unter Einbeziehung der nationalen Kohorte – im Bereich Public-Health-Forschung ausgebaut werde. Zur Genomsequenzierung sei festzustellen, dass Genom.de als deutscher Partner der „1+Million Genomes Initiative“ der EU vom Bundesgesundheitsministerium in Federführung zusammen mit dem BMBF unter enger Einbindung der Medizininformatik-Initiative gefördert werde.

Die Long-COVID-Forschung, die jetzt bereits stattfindet, sei eine Pilot-Initiative, die noch insgesamt weiter ausgebaut werde. Man habe schon in der Vergangenheit ähnliche Forschungsaktivitäten ins Leben gerufen wie den Forschungsverbund Zoonosen, die Rapid-Response-Förderrichtlinie für Infektionsforschung, die nach Sars und Ebola auf den Weg gebracht worden sei, und andere. Dies seien alles Voraussetzungen für die heutigen Erfolge insbesondere von Biontech gewesen.

Die Bundesregierung sei insgesamt sehr verantwortungsvoll vorgegangen. Man habe bereits im März 2020 die erste Infektionsforschungsinitiative auf den Weg gebracht.

Zu den angesprochenen Universitätskliniken sei zu sagen, dass das Netzwerk der Universitätsmedizin mit 150 Millionen Euro gefördert werde. Man habe das Sonderprogramm Impfstoff-Forschung auf den Weg gebracht, wohl wissend, dass nicht alles, was gefördert würde, erfolgreich sein werde. Die Bundesregierung sei froh, dass man auch mit Hilfe ihrer Förderung Biontech als Erfolg habe.

Die Bundesregierung habe in dem Bereich benötigter Therapeutika ein Förderprogramm mit 50 Millionen Euro im Januar dieses Jahres auf den Weg gebracht. Zusammen mit dem Bundesgesundheitsministerium fördere man in späteren Phasen die Arzneimittelentwicklung mit 300 Millionen Euro. In diesem Monat erst habe man für dringend benötigte Therapeutika weitere 40 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Berlin, den 23. Juni 2021

**Stephan Albani**  
Berichterstatter

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Michael Ependiller**  
Berichterstatter

**Mario Brandenburg (Südpfalz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter